



dokumente *

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

www.spdfraktion.de

NR. 06/13

* Unsere Politik für Kunst, Kultur und Medien

Bilanz und Ausblick der Kultur-, Medien- und Netzpolitik

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: FRAKTION DER SPD IM DEUTSCHEN BUNDESTAG
PETRA ERNSTBERGER MDB, PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN

REDAKTION: JOHANNES KOLLBECK, THOMAS FRIEBEL
GESTALTUNG: ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

TELEFON: (030) 227-57133
TELEFAX: (030) 227-56800

WWW.SPDFRAKTION.DE

ERSCHIENEN IM JUNI 2013

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIENT AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION.
SIE DARF WÄHREND EINES WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.

Was uns wichtig ist

Kunst, Kultur und freie Medien sind essentiell für eine offene Gesellschaft. Wir wollen eine vielfältige, kritische und lebendige Kunst-, Kultur- und Medienlandschaft. Das Internet ist für uns nicht nur digitale Infrastruktur, sondern verändert unsere Gesellschaft. Weil Demokratie auch kulturell verankert sein muss, ist die Förderung von Kultur und Kunst für uns keine Subvention, sie ist Investition in die Zukunft.

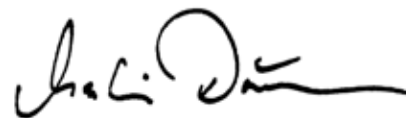
Unsere Gesellschaft braucht Innovation, Kreativität, Talent und Fantasie. Im Mittelpunkt steht der Mensch mit seinen Fähigkeiten und Potenzialen. Kultur und Medien ermöglichen es, teilzuhaben, sich zu informieren und mitzugestalten. Kultur-, Medien- und Netzpolitik müssen die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass alle diese Möglichkeiten nutzen können. Nur so bekommt jeder die Chance, sich selbst künstlerisch, kreativ und auch wirtschaftlich erfolgreich zu verwirklichen. Deshalb darf es keine kulturelle und mediale Spaltung geben. Die kulturelle und mediale Vielfalt muss erhalten bleiben.

Kultur und Medien befinden sich in einem, durch Digitalisierung, weltweite Vernetzung und wirtschaftliche Veränderungen, ausgelösten, grundlegenden Wandel. Die positiven Möglichkeiten des Wandels wollen wir nutzen, gleichzeitig aber auch die Risiken in der Nutzung medialer Inhalte minimieren. Die Anforderungen an den Einzelnen im Umgang mit Medien nehmen zu, die Herausforderungen, einen gerechten Ausgleich der Interessen, beispielsweise zwischen Urhebern, Verwertern und Nutzern herzustellen, ebenfalls.

Netzpolitik ist für uns Gesellschafts- und damit Querschnittspolitik. Dabei reicht es nicht aus, bewährte Offline-Mechanismen eins zu eins in die Online-Welt zu übertragen. Wir müssen auf drängende Fragen neue Antworten finden: das Urheberrecht anpassen, die Bürgerrechte weiterentwickeln und durch einen wirksamen Datenschutz und den Schutz der Persönlichkeitsrechte verbessern, das Recht auf ein schnelles Internet und den gleichberechtigten Zugang verwirklichen, die Medienkompetenz von Jung und Alt als Schlüsselqualifikation in der Informations- und Wissensgesellschaft stärken und die digitale Selbständigkeit ermöglichen, mehr Transparenz durch ein durchsetzungsstarkes Informationsfreiheitsrecht und Open-Data schaffen, die soziale Sicherheit in der digitalen Arbeitswelt verbessern und die digitalen Chancen für eine Revitalisierung der Demokratie nutzen.



Siegmond Ehrmann, MdB
SPRECHER DER ARBEITSGRUPPE KULTUR UND MEDIEN



Martin Dörmann, MdB
MEDIENPOLITISCHER SPRECHER



Lars Klingbeil, MdB
NETZPOLITISCHER SPRECHER

Was wir in der 17. Legislaturperiode erreicht haben

Verantwortung stärken, Prioritäten setzen – für eine gestaltende Kulturpolitik

In den Haushaltsberatungen haben wir uns u. a. eingesetzt für den Denkmalschutz, die Förderung innovativer und zeitgenössischer Kunst- und Kulturprojekte durch die Kulturstiftung des Bundes und die dort angesiedelten Förderfonds, die Förderung des Tanzes und der Perspektiven von TänzerInnen nach dem aktiven Tanzen durch die Stiftung TRANSITION TANZ, die soziokulturellen Zentren, das Freie Theater, den Wiederaufbau des Stadtarchivs Köln, die Kinodigitalisierung, die Erforschung von Medienkompetenz und Medienkonzentration sowie qualitativ hochwertige Internetangebote im „Netz für Kinder“.

Wir haben Vorschläge entwickelt, um die **öffentliche Kulturförderung** abzusichern („Rettungsschirm für Kommunen“) und weiterzuentwickeln (orientiert an Vorschlägen der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ für eine Kulturentwicklungsplanung des Bundes). Am Beispiel der **Musikförderung des Bundes** haben wir mit einer Großen Anfrage die Schwerpunkte der Förderung hinterfragt und mit der Studie zur „Entwicklung einer Konzeption zur Neugestaltung der Musikförderung des Bundes unter Berücksichtigung des Governance-Ansatzes“ einen Ansatz erarbeitet, wie eine gestaltende und konzeptorientierte Kulturpolitik entwickelt werden könnte, die beschreibt, was wichtig und innovativ ist, was entwickelt, geschützt und gefördert werden muss. Im Unterschied zu CDU/CSU und FDP sehen wir angesichts der Krise der öffentlichen Haushalte und der digitalen Herausforderungen Reformbedarf. Alles fortzuschreiben, was schon immer gefördert wurde, und dabei einzelne Interessen zu bedienen, ist keine verantwortungsvolle Politik. Künstler und Kreative wollen eine Kultur- und Medienpolitik, die ihren gesellschaftlichen Beitrag wertschätzt und nicht nur rote Teppiche ausrollt, Galas und Preise veranstaltet.

Unseren Gesetzentwurf für **Sport und Kultur als Staatsziel** im Grundgesetz haben CDU/CSU und FDP abgelehnt und damit verhindert, der Kultur in allen Belangen mehr Gewicht zu verleihen.

Mit der Digitalisierung ergeben sich enorme Herausforderungen, aber auch Chancen für Kunst, Kultur und Medien. Neue Formen des Zugangs, der Nutzung und Distribution von Kulturgütern entstehen, der Zugang zu Kulturgütern verbreitert sich und bietet vielfältige Möglichkeiten für kreative und künstlerische Produktionen. Die Anforderungen, wie Kulturgüter erhalten, archiviert und öffentlich zugänglich gemacht werden, ändern sich. Die kulturelle Infrastruktur muss um eine digitale kulturelle Infrastruktur erweitert werden. Aber auch die Kultur- und Wissenseinrichtungen und nicht zuletzt die Menschen, die Kulturgüter nutzen, müssen digitale Kompetenzen erwerben können. Deshalb fordern wir in unserem Antrag eine umfassende **Digitalisierungsstrategie für Kulturgüter und -institutionen** zum Erhalt des kulturellen Erbes in der digitalen Welt, welches neben dem Filmerbe und anderer Kulturgüter auch die Digitalisierung der Kinos umfasst. Die schwarz-gelbe Koalition bestreitet diese Notwendigkeit und betreibt das auch technologisch imposante Projekt der Deutschen Digitalen Bibliothek nur halbherzig.

Kulturelle und mediale Teilhabe für alle umschreibt unsere Vorstellung von einer Politik der sozialen Gerechtigkeit, bei der Kultur und Medien und zunehmend auch das Internet und soziale Netzwerke zu einem selbstbestimmten Leben beitragen und gerechte Teilhabe und sozialen Aufstieg ermöglichen. Die folgenden beiden Sätze in so genannter Leichter Sprache aus dem Antrag „Kultur für alle“, mit dem

die SPD als erste Fraktion überhaupt eine **Parlamentsinitiative in Leichter Sprache** in den Bundestag eingebracht hat, verdeutlichen, was wir meinen: „Die Politikerinnen und Politiker der SPD wollen, dass alle Menschen überall mitmachen können. Sie wollen Kultur für alle.“ Wir haben in Anträgen – im Unterschied zur schwarz-gelben Koalition – konkrete Vorschläge bzw. Forderungen unterbreitet:

- **Kulturelle Bildung:** Wir fordern ein umfassendes Verständnis von Bildung und ein zwischen den Ressorts der Bundesregierung abgestimmtes Gesamtkonzept zur Förderung der kulturellen Bildung.
- **Medienkompetenz und digitale Selbständigkeit:** Medienkompetenz ist eine Querschnittskompetenz, die besser erforscht und durch ein Freiwilliges Soziales Jahr Digital entwickelt und genutzt werden sollte.
- **„Kultur für alle“:** Auch für Menschen mit Behinderungen ist die kulturelle und mediale bzw. informationelle Teilhabe wichtig, um mitgestalten und mitwirken zu können; auch sie haben ein Recht auf Zugang zu kulturellen und medialen Angeboten sowie barrierefreien Informationen.
- **Gleichstellung:** Die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern ist auch im Kunst-, Kultur- und Medienbereich noch längst nicht erreicht, zugleich bestehen aber Möglichkeiten, sie zu fördern.

Beim Thema **Geschichte und Erinnern** treten wir für eine differenzierte Aufarbeitung von Geschichte ein. Das Erinnern an die beiden deutschen Diktaturen darf die NS-Terrorherrschaft weder relativieren noch das Unrecht der SED-Diktatur bagatellisieren. Neben offenen Fragen zur Aufarbeitung der NS-Geschichte, wie

- einem Gedenkort für die unter dem von den Nationalsozialisten verwendeten Begriff der „Euthanasie“ ermordeten und verfolgten Menschen mit Behinderungen und psychisch Kranken sowie
- den personellen und institutionellen Kontinuitäten und Brüchen in deutschen Ministerien und Behörden der frühen Nachkriegszeit hinsichtlich ihrer NS-Vorgängerinstitutionen

haben wir uns ebenso für eine differenzierte Fortschreibung der **Aufarbeitung der SED-Diktatur** z. B. bei der Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes (StUG) eingesetzt. Demgegenüber hat die schwarz-gelbe Koalition dafür gesorgt, dass die StUG-Novelle erstmals nicht fraktionsübergreifend beschlossen und die Zukunft der Stasi-Unterlagen-Behörde ungeklärt bleibt, da die mit dem Gedenkstättenkonzept des Bundes beschlossene Expertenkommission nicht eingesetzt wurde. An der vom Bund der Vertriebenen eingeforderten Neuausrichtung der in der Großen Koalition beschlossenen Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung wird das einseitige geschichtspolitische Verständnis von Schwarz-Gelb deutlich.

Das **bauliche und kulturelle Erbe** zu bewahren, zu sichern und für alle nutz- und sichtbar zu machen, bleibt Ziel sozialdemokratischer Politik. So sehr privates, zivilgesellschaftliches Engagement zu begrüßen und zu fördern ist, hat doch der Kulturstaat eine besondere Verantwortung für die Pflege, das Aufbewahren und das Zugänglichmachen unseres kulturellen Erbes sowie die Vielfalt unserer Kulturlandschaft. Wir haben uns für die Fortsetzung des erfolgreichen Denkmalschutz-Sonderprogramms und des Welterbeprogramms sowie für eine Bundesbeteiligung an der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung und den Beitritt Deutschlands zur UNESCO-Konvention zur Bewahrung des immateriellen Kulturerbes eingesetzt.

In der **Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik** (AKBP) konnten wir einige der von Schwarz-Gelb vorgesehenen Einschnitte und Beschränkungen beim Goethe-Institut und den Deutschen Auslandsschulen verhindern und dafür sorgen, dass die Künstlerakademie Tarabya in Istanbul umgesetzt wird. Mit einer Großen Anfrage haben wir die vom Auswärtigen Amt (AA) im September 2011 vorgestellte Neukonzeption der AKBP hinterfragt. Wir kritisieren die darin formulierte Abkehr von den bislang geltenden Werten der AKBP – Dialog, Austausch, langfristige Partnerschaften. In dieser Neukonzeption wird die AKBP explizit als „Cultural Diplomacy“ definiert und als ein Instrument der Vertretung deutscher Interessen in der Außenpolitik verstanden, das den Einfluss Deutschlands in der Welt sichert und darauf abzielt, was Deutschland direkt nützt. Abgesehen davon, dass Außenminister Westerwelle (FDP) keinerlei Leidenschaft für die AKBP zeigte, wurden verschiedene, unter dem SPD-Außenminister Frank-Walter Steinmeier angestoßene Initiativen wie die Stärkung des Goethe-Instituts, das Auslandsschulenprogramm, die Kooperationen in der Außenwissenschaft und nicht zuletzt die Künstlerakademie Tarabya in Istanbul nur halbherzig fortgeführt oder ignoriert.

In der **europäischen Kulturpolitik** haben wir uns dafür eingesetzt, dass Kultur als Wert an sich und nicht allein unter wirtschaftlichen oder politischen Aspekten betrachtet wird. Für uns hat der Prozess der Europäischen Integration zuvorderst eine kulturelle Dimension. Diese gilt es, durch intensiveren Austausch und Kooperation, durch gemeinsame europäische Kulturprojekte und einer, auf den Erhalt der kulturellen Vielfalt beruhenden, gemeinsamen europäischen Kulturpolitik nach innen und außen zu befördern.

Wie wichtig der internationale Kontext für Kultur und Medien ist, zeigt die Diskussion um das EU-USA-Handelsabkommen. Wir haben uns dafür eingesetzt, kulturelle und audiovisuelle Dienstleistungen aus den Verhandlungen herauszunehmen, die schwarz-gelbe Bundesregierung hingegen will kulturelle und audiovisuelle Angebote allein dem Prinzip des Marktes unterwerfen.

Wir haben die **Deutsche Welle** bei den notwendigen Reformen unterstützt, damit sie im weltweit zunehmenden Wettbewerb, aber auch im Hinblick auf technologische Veränderungen und das damit verbundene geänderte Mediennutzungsverhalten ein unabhängiger Botschafter Deutschland bleibt.

Im Bereich **Film** haben wir uns neben der Digitalisierung der Kinos und der Sicherung des Filmerbes als unersetzbarer Bestandteil unseres Kulturerbes im Rahmen der Novellierung des Filmförderungsgesetzes (FFG) dafür eingesetzt, dass Tarifverträge und soziale Mindeststandards eingehalten, der Kreis der Einzahler um die Zugangsanbieter digitaler Dienste erweitert und das Filmerbe besser gesichert werden. Vor dem Hintergrund der Klagen großer Kinoketten gegen das FFG bedarf es einer grundlegenden Evaluierung der Filmförderung. Die mit dem erfolgreichen Deutschen Filmförderfonds (DFFF) erreichte Quantität der Filmproduktion, aber auch die durch europäische Beihilfevorgaben bestehenden Beschränkungen werfen die Frage nach der Struktur von kultureller und wirtschaftlicher Filmförderung auf.

Der Kreativpakt – ein Bündnis von Kultur, Wirtschaft und Politik

Im Kreativpakt haben wir gemeinsam mit Künstlern und Kreativen, mit der Kreativwirtschaft und der Wissenschaft konkrete Vorschläge erarbeitet, um die **Potenziale der Kultur- und Kreativwirtschaft** gezielt zu fördern. Neben der Chance auf Selbstverwirklichung und Flexibilität, müssen sich viele, oft projektbezogen, unständig und selbstständig tätig („atypisch“), um ihr Auskommen sorgen und sind gegen soziale Risiken wie Arbeitslosigkeit und Altersarmut nur unzureichend abgesichert. Wir haben den Kultur- und Kreativschaffenden eine Stimme gegeben und mit ihnen Vorschläge u. a. bei folgenden Themen entwickelt:

- Das **Urheberrecht** muss auch in der digitalen Welt weiterentwickelt werden und dabei einen gerechten Ausgleich der Interessen zwischen Urhebern, Verwertern und Werkmittlern sowie Nutzern beim Schutz und der Verwertung geistigen Eigentums und kreativer Leistungen ermöglichen. Dazu haben wir Gesetzentwürfe u. a. zu verwaisten/vergriffenen Werken, zum Zweitverwertungsrecht und Open Access eingebracht. Mit den „12 Thesen für ein faires und zeitgemäßes Urheberrecht“ und einem Positionspapier „Für ein faires und zukunftsfähiges Urheberrecht - Herausforderungen der digitalen Welt annehmen“ haben wir das geleistet, was die schwarz-gelbe Koalition durch ihr Nichtstun nicht vermocht hat: mit lösungsorientierten Vorschlägen den Streit ums Urheberrecht entschärft. Zwingend müssen das Urhebervertragsrecht durchsetzungsfähiger und die Rechtsdurchsetzung verhältnismäßig ausgestaltet, zugleich aber Verbraucherinnen und Verbraucher vor missbräuchlichen Abmahnungen geschützt und illegale Plattformen gezielt bekämpft werden – ohne Grundrechte wie das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und das Fernmeldegeheimnis zu verletzen.
- Um die **soziale Lage der Kultur-, Medien- und Kreativschaffenden** zu verbessern, braucht es kurzfristige und langfristige Maßnahmen, die wir in mehreren Anträgen dargelegt haben: Kurzfristig müssen die so genannte Rahmenfrist für den Erwerb von Anspruch auf ALG I an die tatsächlichen Bedürfnisse angepasst und die für selbstständige Kultur-, Medien- und Kreativschaffende immens wichtige Künstlersozialkasse (KSK) dauerhaft stabil ausgestaltet werden. Auch für unständig Beschäftigte muss ein Krankengeld vom ersten Tag an ermöglicht sowie in den Förderkriterien der Kunst- und Kulturförderung des Bundes das Einhalten von Tarifverträgen und sozialen Mindeststandards verankert werden. Langfristig arbeiten wir an Lösungen, damit sich die „Solo-Selbstständigen“ und unständig Beschäftigten für den Fall von Krankheit, Arbeitslosigkeit und Rente versichern können. Die schwarz-gelbe Koalition hat dazu keine Vorschläge entwickelt. Im Gegenteil: Die von ihr vorgeschlagene Regelung zur Rahmenfrist verschlimmbessert die Situation der Kreativen, zudem gefährdet sie die Stabilität der KSK durch ihre Weigerung, die turnusmäßige Überprüfung – der Künstlersozialabgabepflicht von Unternehmen durch die Träger der Rentenversicherung gesetzlich zu verankern.

Die bestehenden Instrumente der **Kultur- und Wirtschaftsförderung** sollten in geeigneter Weise für die Kreativwirtschaft geöffnet werden, um so die möglichen ökonomischen Effekte an der Schnittstelle zwischen Kunst, Kultur und Kommerz zu fördern. Durch künstlerische Arbeit und kreative Leistungen entstehen Innovationen, aber auch Arbeitsplätze, Einkommen und Wertschöpfung – Effekte, die durch kluge Förderung unterstützt werden können. Deshalb sollte ein Instrument wie der

Hauptstadtkulturfonds auch in anderen Regionen und Städten existieren, die bestehenden Fördermöglichkeiten für die Kreativwirtschaft in einer Datenbank dargestellt und der Innovationsbegriff in den Förderprogrammen geöffnet werden – um nur einige Vorschläge in unserem Antrag zum Kreativpakt zu nennen. Nachhaltiges Wirtschaftswachstum, Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit einer Gesellschaft, die zunehmend auf der Organisation von Wissen basiert, werden durch technische Innovationen befördert. Innovationen müssen ermöglicht und gefördert sowie die dafür notwendige Infrastruktur wie z. B. breitbandiges Internet ausgebaut werden. Wir wollen eine **neue Gründungskultur** ermöglichen, damit aus Ideen Unternehmen und damit auch wirtschaftliche Erfolge und Arbeitsplätze entstehen können. Mit ihrem Weiterso verkennt die schwarz-gelbe Koalition die Potenziale dieser Branche völlig und verschläft eine wichtige Entwicklung.

Mehr Informationen zum Kreativpakt gibt es unter: www.spdfraktion.de/kreativpakt.

Freie, vielfältige und unabhängige Medien als Voraussetzung für Demokratie

Angesichts der gravierenden Umbrüche im Bereich Medien bildete die Frage der **Sicherung der Freiheit, Unabhängigkeit und Vielfalt der Medienlandschaft** einen Schwerpunkt in dieser Legislaturperiode. Wir haben zahlreiche Initiativen eingebracht und gestartet, um die Freiheit, Unabhängigkeit und Vielfalt der Medien zu sichern, die unverzichtbar für die freie Willensbildung jedes Einzelnen, aber auch für die demokratische, offene und pluralistische Staats- und Gesellschaftsordnung insgesamt sind. Hierzu zählen die rechtlichen Rahmenbedingungen, die die Unabhängigkeit, Freiheit und Vielfalt der Medien sicherstellen, der Erhalt der vielfaltssichernden Vertriebsstruktur, die Schaffung von Grundlageninformationen für medienpolitische Entscheidungen und die Stärkung des publizistischen Wettbewerbs zwischen öffentlich-rechtlichem Rundfunk und den privaten Medienunternehmen.

Freie Medien sind fundamental für eine offene demokratische Gesellschaft. Wir haben einen Gesetzentwurf zur Stärkung der Pressefreiheit im Strafprozessrecht eingebracht, der die Recherche und die Informanten von Journalistinnen und Journalisten besser schützt. Schwarz-Gelb bleibt weit dahinter zurück. Um die Staatsferne des ZDF sicherzustellen, unterstützen wir den Normenkontrollantrag der SPD-geführten Länder beim Bundesverfassungsgericht. Das Vorgehen von Roland Koch in der Causa Brender hat deutlich gemacht, dass der Einfluss staatlicher Stellen und Parteien zurückgeführt werden muss.

Wir haben die **Sicherung der Pressevielfalt und -unabhängigkeit** auf die Tagesordnung gesetzt. Mit dem Aufbau einer umfassenden Mediendatenbank haben wir die Grundlage für fundierte medienpolitische Entscheidungen gelegt. Leider verhindert die schwarz-gelbe Koalition bis heute die Fertigstellung und Weiterentwicklung dieser Datenbank. Für die Vielfaltsicherung in der Medienlandschaft ist neben den gesetzlichen Vorgaben zum Medienkonzentrationsrecht auch eine funktionierende Vertriebsstruktur notwendig, die Chancengleichheit gewährleistet und verhindert, dass große Verlage dominieren. Das Presse-Grosso trägt entscheidend dazu bei, dass in Deutschland eine flächendeckende neutrale Versorgung mit einem Vollsortiment an Zeitungen und Zeitschriften besteht. In seiner bewährten Form wird es derzeit jedoch aufgrund rechtlicher Auseinandersetzungen grundlegend in Frage gestellt. Wir haben deshalb die Bundesregierung mehrfach aufgefordert, das Presse-Grosso gesetzlich abzusichern. Deshalb haben wir parallel zum Gesetzentwurf der SPD-regierten Länder einen eigenen Gesetzentwurf zum Erhalt des Presse-Grosso eingebracht. Zudem haben wir mit dem Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen und zur Änderung des Pressefusionsrechtes einen Regelungsvorschlag vorgelegt, um den Handlungsspielraum kleiner und mittlerer Presseunternehmen zu erweitern.

Mit dem **Antrag „Freiheit und Unabhängigkeit der Medien sichern – Vielfalt der Medienlandschaft erhalten und Qualität im Journalismus stärken“** haben wir die derzeitigen Herausforderungen für Medien und Journalismus analysiert und konkrete Lösungsvorschläge zum Erhalt von Freiheit, Vielfalt und Unabhängigkeit der Medien sowie zur Sicherung der Qualität im Journalismus vorgelegt. Schwarz-Gelb hat nicht nur keine Vorschläge unterbreitet, sondern jede ernsthafte Debatte darüber verhindert.

Mit dem **Gesetz zur Auskunftspflicht von Bundesbehörden gegenüber der Presse** haben wir auf das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts reagiert, demzufolge Bundesbehörden kompetenzrechtlich nicht nach Landespressegesetzen verpflichtet werden können, Auskünfte zu erteilen, obwohl das jahrelang Praxis war. Zugleich hatte das Gericht betont, dass der Presse nach Artikel 5 Grundgesetz Auskunftsrechte garantiert sind. Weil damit eine Rechtsunsicherheit entsteht, haben wir in einer konkreten bundesgesetzlichen Regelung formuliert, wie dieser Auskunftsanspruch auszugestalten ist.

Schließlich haben wir ein Gesetz zur Stärkung von Informationsfreiheit und Transparenz vorgelegt, um die Transparenz in den Behörden zu stärken. Sieben Jahre nach dem von Rot-Grün auf den Weg gebrachten **Informationsfreiheitsgesetz** braucht es einen erneuten Kulturwandel in der Verwaltung. Ein moderner Staat hat keine unnötigen Geheimnisse vor dem Volk. Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, dass das Handeln von Regierung und Verwaltung transparent ist. Transparenz ist konstitutiv für Demokratie und Rechtsstaat, stärkt die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, erleichtert Planungsentscheidungen, wirkt Staatsverdrossenheit entgegen und erschwert Manipulation und Korruption. Schwarz-Gelb ignoriert diese wichtigen Vorschläge und stellt das Informationsfreiheitsrecht gänzlich in Frage.

Vielfalt, Freiheit und Unabhängigkeit der Medien sind Werte, die nicht nur in Deutschland, sondern auch international und besonders auf europäischer Ebene immer wieder verteidigt werden müssen. Die Entwicklungen in Ungarn – seit 1. Mai 2004 Mitgliedstaat der Europäischen Union – sind seit den ungarischen Parlamentswahlen im April 2010 insbesondere mit Blick auf demokratische Grundrechte wie **Meinungs- und Medienfreiheit** besorgniserregend. Diese negativen Entwicklungen haben wir mehrfach im Bundestag zum Thema gemacht. Vor allem das so genannte ungarische Mediengesetz, aber auch die jüngsten Verfassungsänderungen rechtfertigten Kritik daran, dass Ungarn sich zunehmend von gemeinsamen europäischen Grundwerten entfernt. Schwarz-Gelb verweigert mit Rücksicht auf ihre Parteifreunde eine deutliche Position des Bundestages in dieser wichtigen Frage. Es gilt, sich mit klaren Worten für europäische Grundwerte einzusetzen – in allen europäischen Mitgliedstaaten.

Netpolitik – die Chancen des Internets nutzen, die Risiken erkennen

Es war die SPD-Fraktion, die darauf gedrängt hat, **Netpolitik als Gesellschaftspolitik** zu begreifen, weil der Wandel zur digitalen Gesellschaft Auswirkungen auf alle gesellschaftlichen Bereiche hat und Netpolitik ein umfassendes Querschnittsthema darstellt. Den Schwerpunkt unserer netzpolitischen Arbeit bildete die prägende Mitarbeit in der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“. Die Internetenquete hat eine umfassende Bestandsaufnahme zu den Herausforderungen der digitalen Gesellschaft und zahlreiche konkrete Handlungsempfehlungen vorgelegt. Neben ihrem Schlussbericht (17/12550) hat sie folgende Zwischenberichte vorgelegt: „Kultur, Medien und Öffentlichkeit“ (17/12542), „Verbraucherschutz“ (17/12540), „Internationales und Internet Governance“ (17/12480), „Interoperabilität, Standards, Freie Software“ (17/12495), „Zugang, Struktur, Sicherheit im Netz“ (17/12541), „Wirtschaft, Arbeit, Green IT“ (17/12505), „Demokratie und Staat“ (17/12290), „Bildung und Forschung“ (17/12029), „Datenschutz, Persönlichkeitsrechte“ (17/8999), „Netzneutralität“ (17/8536), „Urheberrecht“ (17/7899) und „Medienkompetenz“ (17/7286). Ihr wichtigstes Ziel hat die Internetenquete erreicht: Es ist nach den intensiven netzpolitischen Diskussionen gelungen, das Thema Netpolitik im Parlament zu verankern. Auch die Erprobung neuer digitaler Beteiligungsformen war ein wichtiger Erfolg der Internetenquete. Die Berichte der Internetenquete und die zahlreichen Handlungsempfehlungen sind zugleich ein Beleg für das netzpolitische Versagen der schwarz-gelben Bundesregierung und der schwarz-gelben Koalition.

Neben der Internetenquete standen viele netzpolitische Fragen auf der Agenda. Die **Aufhebung des Zugangerschwerungsgesetzes** war eine der entscheidenden Voraussetzungen für einen netzpolitischen Neustart. Die SPD-Fraktion hat die Zustimmung zum Zugangerschwerungsgesetz in der Großen Koalition als Fehler eingeräumt und gleich zu Beginn der Legislatur die Aufhebung des Zugangerschwerungsgesetzes gefordert. Damit war es möglich, viele andere wichtige netzpolitische Themen, wie das untaugliche Instrument der Netzsperrern, ACTA, Warnhinweismodelle und die Frage der Rechtsdurchsetzung im Internet, endlich nicht mehr symbolpolitisch zu diskutieren. Letztlich haben wir erreicht, dass die schwarz-gelbe Koalition das Zugangerschwerungsgesetz mit Wirkung zum 29. Dezember 2011 aufgehoben hat.

Wir haben die Bundesregierung mehrfach aufgefordert, den flächendeckenden **Breitbandausbau** endlich zu beschleunigen und das Recht auf ein schnelles Internet für alle durch eine gesetzliche Universaldienstverpflichtung abzusichern. Zudem wollen wir eine gesetzliche Verankerung von Netzneutralität. Für uns sind das Recht auf ein schnelles Netz und die Frage der Netzneutralität, also die Freiheit und Offenheit des Internets, untrennbar miteinander verbunden. Beides erachtet Schwarz-Gelb als nicht notwendig und verweist auf den Markt und den Wettbewerb, die die Verwirklichung der Teilhabe für alle im Internet offenkundig nicht regeln können.

Drahtlose lokale Netzwerke sind ein wichtiger Bestandteil der digitalen Infrastruktur. Sie ermöglichen insbesondere in Städten, Ballungsräumen und öffentlichen Räumen Zugang zum Internet und sollten in Ämtern, Bibliotheken, Universitäten oder Schulen eine Selbstverständlichkeit sein. Zudem liegen die Potenziale privater und gewerblicher WLAN-Netze für die Kultur- und Kreativwirtschaft bislang brach. Hauptgrund ist die derzeitige Rechtsunsicherheit bei der Haftung für die Anbieter, wodurch nach wie vor hohe Hürden für das Betreiben von WLAN-Zugängen bestehen. Mit unserem Antrag „Potenziale von WLAN-Netzen nutzen und Rechtssicherheit für WLAN-Betreiber schaffen“ haben wir die schwarz-gelbe Bundesregierung aufgefordert, endlich tätig zu werden. Sie sieht jedoch keinen Handlungsbedarf.

Unsere Ziele für die nächste Legislaturperiode:

- Wir wollen die Rahmenbedingungen für kreatives und künstlerisches Schaffen verbessern, indem wir unser Konzept zum **Kreativpakt** umsetzen.
- Wir wollen **kulturelle und mediale Teilhabe** und damit die „Kultur für alle“ verbessern.
- Wir wollen die **digitale Selbstständigkeit** unterstützen, indem wir die Medienkompetenz in allen Altersgruppen stärken.
- Wir wollen die **öffentliche Kulturförderung** in Kooperation mit den Ländern konzeptionell weiterentwickeln.
- Wir wollen unser **kulturelles Erbe** stärken, indem wir u. a. das Denkmalschutz- und das Welterbe-Programm verstetigen und das Bauhaus-Jubiläum 2019 unterstützen.
- Wir wollen eine differenzierte **Aufarbeitung von Geschichte**, indem wir das Gedenkstättenkonzept des Bundes weiterentwickeln, die Expertenkommission zur Zukunft der BStU einsetzen und die europäische Geschichtsschreibung und Vernetzung stärken.
- Wir wollen die **Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik** und ihre Mittler stärken und eine gemeinsame europäische (auswärtige) Kulturpolitik entwickeln.
- Wir wollen die **Filmförderung** und damit den **Filmstandort Deutschland** stärken, den Deutschen Filmförderfonds (DFFF) fortsetzen und das Filmförderungsgesetz des Bundes zukunftsorientiert formulieren.
- Wir wollen den **Zugang zum Internet** als Grundrecht, auch indem eine flächendeckende Breitbandversorgung sichergestellt wird.
- Wir wollen den öffentlichen **WLAN-Zugang** rechtlich absichern.
- Wir wollen die **Vielfalt unserer Medienlandschaft** in der digitalen Welt erhalten und die Bedingungen für Qualitätsjournalismus verbessern.
- Wir wollen eine offene und transparente Gesellschaft, in der der **Zugang zu Daten und Informationen** für jeden – plattformunabhängig – eine Selbstverständlichkeit ist, aber auch als eine immense ökonomische Ressource gesehen wird.

Mehr Informationen unter: www.spdfraktion.de/themen/kultur.
